

Die wachsenden Probleme Chinas

Autor(en): **Schlomann, Friedrich-Wilhelm**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die wachsenden Probleme Chinas

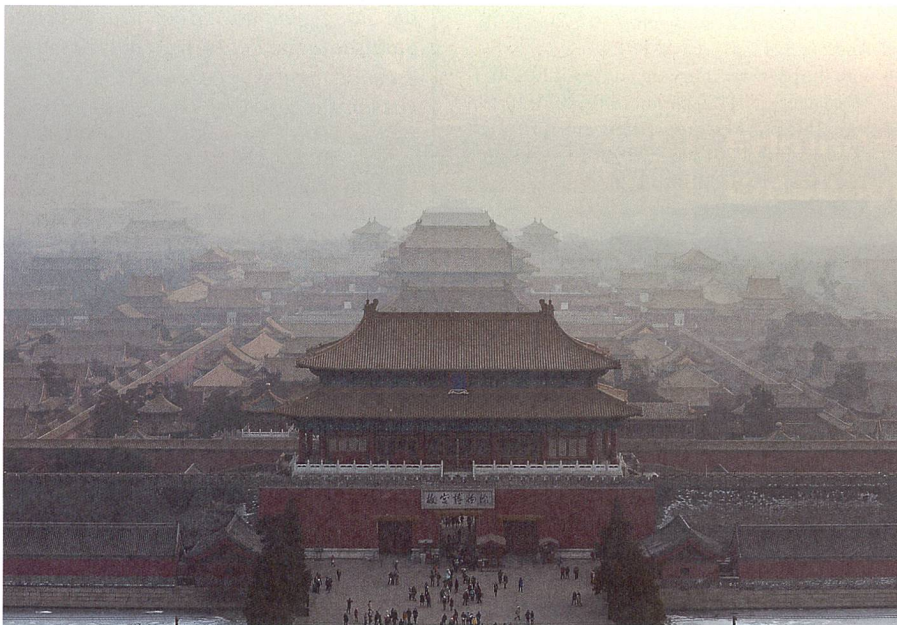
Der Etat für Innere Sicherheit ist seit fünf Jahren höher als das Verteidigungsbudget (das auch zugelegt hat). Der Vertrauensverlust im Volk der allein herrschenden Staatspartei ist grösser denn je; die bis in die höchsten Positionen verbreitete Korruption stellt ein ungelöstes Problem dar. Beijing schätzt, dass 500 000 Menschen an den Folgen des Smogs sterben. In vier Jahren werden bis zu 40 Millionen Heiratsfähige keine Ehefrau finden.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Während der letzten drei Jahre stieg der Militär-Etat der Volksrepublik um jeweils mehr als zehn Prozent. Betragen diese Ausgaben noch 1998 umgerechnet 18,9 Milliarden US Dollar, belaufen sie sich im laufenden Jahr bereits auf 129,4 Mia US\$. Zwar will Beijing seine 2,3 Millionen Soldaten, primär im Heer, um 300 000 reduzieren, doch nur um das Schwergewicht auf die Modernisierung seiner Waffen und besonders auf seinen zukünftigen Cyber-Krieg zu legen. Kaum bekannt ist die überraschende Tatsache, dass bei aller Erhöhung der Verteidigungsetat seit fünf Jahren vom Etat für «Innere Sicherheit» um rund 30 Milliarden Yuan (etwa 3,6 Mia. Euro) überholt wird! Zutreffend schlussfolgerte eine grosse Zeitung: «Die chinesische Regierung fürchtet die Gefahren aus dem Innern mehr als jene von aussen». Nach Henry Kissingers – bekanntester Asien-Experte der USA –

Smog in Beijing.

Bild: cbsnews.com



Xi, Jinping, Staatspräsident der Volksrepublik China. Bild: chinalawandpolicy.com

Einschätzung wird China möglicherweise nach innen derart viel Kraft aufwenden müssen, dass es nicht mehr in der Lage sein wird, nach aussen eine Vorherrschaft auszuüben.

Korruption und Smog

In der Tat steht das Riesenreich vor übergrossen Schwierigkeiten. Gewiss zählt die KPCh rund 86 Millionen Mitglieder, doch davon sind fast 25 Mio. älter als 60

Jahre, hingegen sind lediglich 22,5 Mio. jünger als 35. Wer der Partei beiträgt, tut es im Allgemeinen nur in der Hoffnung auf berufliche Vorteile. Der Vertrauensverlust im Volk der allein herrschenden Staatspartei war nie so gross wie heute. Nach eigenen Aussagen stellt die sehr weit und bis in die höchsten Positionen verbreitete Korruption die ernsthafteste «Bedrohung für Chinas politische und wirtschaftliche Stabilität» dar. Parteichef Xi Jinping erklärte mehrfach, wenn dieses Problem nicht gelöst werde, würde dies «das Ende der Partei und das Ende des Staates» sein. Die Zahl der allerdings bisher lokal begrenzten Aufstände, die zumeist Sozial- und Rechtsfragen beinhalten, wird im vergangenen Jahr auf rund eine Million geschätzt! Das im Juli letzten Jahres erlassene neue «Nationale Sicherheitsgesetz» bedeutet faktisch eine Verstärkung an Personal und Machtbefugnissen der Geheimpolizei mit ihrem ausgedehnten Spitzelsystem. Begründet wurde es mit dem Hinweis, dass sich «die Situation der nationalen Sicherheit Chinas zunehmen verschlimmert habe».

Wohl stieg Chinas Industrieproduktion, doch ist die Kohle, mit etwa 70%, immer noch der wichtigste Energielieferant, die dabei zum grössten Teil den Smog verursacht – jene gefährliche Mischung aus Russ, Feinstaubpartikeln und Nebel. Immerhin sind rund 500 Millionen Chinesen davon betroffen! In 190 Städten liegt die jährliche Feinstaubkonzentration bei $60 \mu\text{g}/\text{m}^3$, während die Weltgesundheitsbehörde nur $25 \mu\text{g}/\text{m}^3$ zulässt. Die Zahl der durch Folgen des Smogs verursachten Todesopfer beläuft sich nach Schätzungen Beijings auf jährlich 500 000 Menschen. Als weitere Konsequenz ist in der Landwirtschaft eine wesentlich geringere Produktion zu spüren (über 40% des Ackerlandes sind geschädigt), in Industrie und Wirtschaft führen zunehmende Krankheitserscheinungen, zumeist Er-

krankungen der Atemwege, in der Belegschaft wiederum zu höheren Kosten des Gesundheitssystems. Die Regierung steht vor der Problematik, dass die dringend notwendige Reduktion dieser Verunreinigungen zugleich aber eine Reduktion der ökonomischen Wachstumsrate bedingt, deren Erhöhung sie aber dauernd verspricht. Die Schliessung ineffizienter Werke wiederum würde zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen; die Zahl der sogenannten Wanderarbeiter in China beläuft sich schon jetzt auf über 250 Millionen! Als Sofortmassnahme sind eine Reduktion der Smogbelastung um 25% sowie eine Verringerung des Kohleverbrauchs zu Gunsten erneuerbarer Energien innert zwei Jahren vorgesehen. Ob dies realisiert werden kann, erscheint indes zweifelhaft.



Karges Neujahrsfest der Wanderarbeiter.

Bild: swr.de

China benötigt mehr Kinder

Der einst von Mao Tse-tung sehr geförderte Bevölkerungszuwachs liess dessen Zahl von 582 Millionen Menschen auf bis heute 1,4 Milliarden ansteigen. Bereits 1979 hatte die Führung befohlen, dass Familien nicht mehr als ein Kind haben dürfen. Seitdem wurden jedenfalls

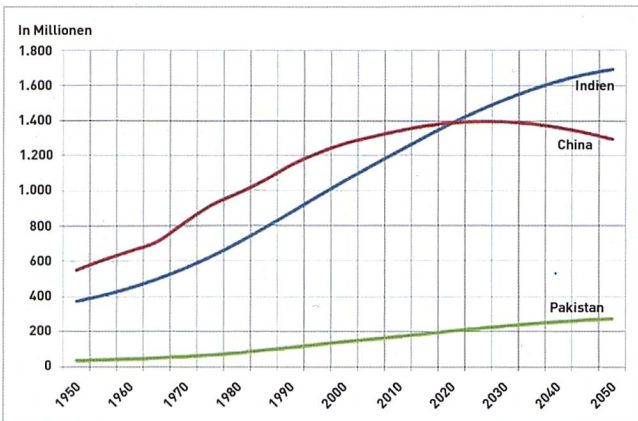
kommen in der Volksrepublik auf knapp 120 Jungen lediglich 100 Mädchen, es gibt heute 33 Millionen mehr Männer als Frauen. Bereits in vier Jahren werden bis zu 40 Millionen Heiratsfähige keine Ehefrau finden. Der Frust der jungen Männer, die somit keine Familie gründen können, wird kaum ohne grössere soziale Spannungen bleiben. Heiraten mit den Uiguren im chinesischen Sinkiang-Gebiet sind dort aus religiösen, neuerdings auch aus politischen Gründen nahezu unmöglich. Eheschliessungen mit indischen Mädchen wird es geben, sie dürften indes problematisch sein. Wiederholt wurden bereits Vietnamesinnen entführt und dann in China regelrecht an heiratswillige Männer ver-

kauft. Schon vor längerer Zeit warnte Professor Mu Guangzong vom Institut für Bevölkerungsforschung an der Universität Beijing, dass in den vergangenen Jahren die Geburtenrate offiziell bei 2,1 lag; tatsächlich aber betrug sie weniger als 1,6. Weiter betonte er, dass das Verhältnis der Bevölkerung im Alter bis zu 14 Jahren gegenüber der gesamten Bevölkerung Chinas von 33,6% im Jahr 1982 auf 16,6% im Jahr 2010 gesunken sei. Vor nunmehr vier Jahren sah sich die Volksrepublik erstmals einem Sinken der berufstätigen Jahrgänge gegenüber, als die Zahl der Menschen zwi-

schen 15 und 59 Jahren um 3,45 Millionen fiel. «Dieser Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter stellt eine Bedrohung für Chinas Wirtschaft wie für die nationale Verteidigung dar». Angesichts dieser Situation hat Beijing in der Zwischenzeit Lockerungen der Ein-Kind-Politik zugelassen. Ende vergangenen Jahres wurde sie vollständig aufgehoben, doch für viele Jahrgänge ist es zu spät.

Einfluss des Islams

Neuerdings kommt ein weiteres Problem hinzu: Nicht wenige der Uiguren in Xinjiang, die sich seit Jahren gegen die Oberherrschaft der Han-Chinesen auflehnen, haben sich inzwischen dem «Heiligen Krieg» des «Islamischen Staates» angeschlossen, insbesondere scheint in der westlichen Region der Provinz dessen Macht relativ stark zu sein. Ihr Nachschub an Waffen läuft über Afghanistan, das mit einem kleinen Grenzabschnitt direkt mit Sinkiang verbunden ist. Anfang Juli des letzten Jahres trafen sich Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin in der russischen Stadt Ufa, um nicht nur den Einfluss des Islams in den südlichen Nachbarstaaten Russlands zu erörtern, sondern primär die Waffenlieferungen ins chinesische Sinkiang. Wird es Beijing gelingen, die Grenzlücken zu schliessen und die «Gotteskrieger» zurückzudrängen? ■



Bevölkerungsentwicklung in Indien, China und Pakistan; mittlere Prognose der UNO 2010. Bild: berlin-institut.org

lediglich 218 Millionen Kinder geboren, zugleich befinden sich jetzt erstmals über 221 Millionen Menschen im Rentenalter; das ist fast jeder sechste Chinese, in den nächsten zehn Jahren kommen knapp 100 Millionen dazu. Ein noch grösseres Problem besteht im krassen, in der Welt einzigartigen, Missverhältnis zwischen den Geschlechtern: War während der Ein-Kind-Politik das Neugeborene «nur» ein Mädchen, wurde es zumeist abgetrieben oder getötet, sehen doch die etwa 700 Millionen chinesischen Bauern in einem Sohn ihre Altersversorgung! Gegenwärtig

lediglich 218 Millionen Kinder geboren, zugleich befinden sich jetzt erstmals über 221 Millionen Menschen im Rentenalter; das ist fast jeder sechste Chinese, in den nächsten zehn Jahren kommen knapp 100 Millionen dazu. Ein noch grösseres Problem besteht im krassen, in der Welt einzigartigen, Missverhältnis zwischen den Geschlechtern: War während der Ein-Kind-Politik das Neugeborene «nur» ein Mädchen, wurde es zumeist abgetrieben oder getötet, sehen doch die etwa 700 Millionen chinesischen Bauern in einem Sohn ihre Altersversorgung! Gegenwärtig



Friedrich-Wilhelm Schlomann
Dr. iur utriusque
D-53639 Königswinter